

lamente und Gerichte rollt also eine Welle von unentscheidbaren Entscheidungen zu« (Kucklick 2015: 158).

Der Ungewissheit, die aus komplexen Problemlagen und der Ambiguität von Phänomenen folgt, steht die Kontingenz von auf diese bezogenen politischen Handlungen gegenüber. Wenn alles auch anders gedacht und sein kann, weil Wissen relativ ist, dann spielen für (funktionierende) politische Entscheidungsprozesse Ambiguitätstoleranz und Kontingenzbewältigung eine wichtige Rolle. Bauer (2018: 26) bezeichnet etwa die Politik des dritten Wegs als eine der »geradezu klassischen ambiguitätstoleranten Lösungen«. Der dritte Weg steht für die Suche nach einer pragmatischen Lösung, die zwischen zwei dominierenden Interpretationen eines mehrdeutigen Phänomens vermittelt. Dieser Mittelweg versucht also weniger, Eindeutigkeit herzustellen, wo keine Eindeutigkeit (mehr) existiert, als vielmehr die vorhandene Mehrdeutigkeit anzuerkennen.

II.2.9 Von den transformativen Herausforderungen zur Steuerung

Technologische Entwicklungen, die umfassende Vernetzung aller Dinge, die Datafizierung der Welt, das Schrumpfen von Räumen bei gleichzeitiger Entgrenzung sowie neuer Grenzziehung – und das alles zunehmend beschleunigt – kennzeichnen das digitale Zeitalter. Die einschneidenden Veränderungen und Herausforderungen infolge der durch die Digitalisierung hervorgerufenen oder mit ihr einhergehenden Transformationsprozesse betreffen alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Subsysteme gleichermaßen in einer neuen Qualität, sodass es nicht übertrieben ist, von einem neuen Zeitalter zu sprechen.

Dieses Zeitalter besitzt viele Facetten, zahlreiche inkrementelle Entwicklungen und disruptive Elemente, die kennzeichnend für die transformativen Prozesse sind. Zwar handelt es sich bei der digitalen Transformation, wie auch zuvor der industriellen, um eine *»absichtsvoll vorangetriebene, aber ungeplante Transformation [Herv. i. O.]«* (Stengel 2017: 47). Der transformative Wandel ist also weder zwangsläufig und automatisch noch vorherbestimmt. Mansell (2010: 180) stellte für die Informationsgesellschaft fest:

»Norms, values, conventions and aspirations for the societies within which we live are changing, but they are not changing autonomously in response to the technologies of the Information Society. They are changing in response to human actions and decisions that are ongoing, contested and uneven in their outcomes.«

Dieselbe Gestaltungsperspektive gilt im digitalen Zeitalter weiterhin, womit automatisch ein Bedarf an Steuerung einhergeht. Allerdings erschweren die zunehmend komplexeren Problemlagen und interdependenten, sich wechselseitig verstärkenden Wirkungszusammenhänge diese Steuerung. Die aus der Komplexitätssteigerung resultierenden Unsicherheiten, Kontingenzen und Ambiguitäten verringern sich auch durch neue technologische Möglichkeiten und mehr Daten infolge der Digitalisierung kaum. Vielmehr erhöht die von ihr verursachte Beschleunigung bei zeitgleicher Vernetzung unweigerlich das Level der Komplexität und verstärkt die Wechselwirkung von

Steuerungsversuchen in einem Bereich auf andere vernetzte Bereiche. Die Digitalisierung vergrößert damit tendenziell sogar Unsicherheit und Ambiguität, womit sich die Kontingenz politischer Steuerung erhöht.

Die beschriebene Kontingenz von Steuerung (siehe Kapitel I.2.3) bezieht sich maßgeblich auf die Unsicherheit von Entscheidungs- und Steuerungskontexten. Diese nimmt mit der Komplexität von Problemlagen und Steuerungszusammenhängen sowie den daraus folgenden Unwägbarkeiten von Aus- und Nebenwirkungen in der Praxis zu. Zwar erhöhen sich mit der Digitalisierung die verfügbare Datenmenge und das daraus ableitbare Wissen zu vielen Gegenständen exponentiell. Gleichzeitig nimmt die Unsicherheit durch mehr Wissen aber nicht automatisch ab. Viel eher wird die Dimension des immer vorhandenen Nichtwissens deutlich. Insofern erfolgen Steuern und Entscheiden stets unter der Bedingung des Nichtwissens.

Zugleich stellt sich aber auch die Frage, wer die digitale Zukunft gestaltet. Gerade in der medialen und populärwissenschaftlichen Darstellung finden sich zahlreiche pessimistische Stimmen über die Rolle des Staates im digitalen Zeitalter – aber nicht nur dort.

»Digital technology has empowered individuals and groups to do things that previously only states and large institutions could accomplish. Precisely those trends that have weakened the power of the state« (Owen 2015: 18).

Vielmehr seien es die großen transnationalen US-amerikanischen Digitalkonzerne – allen voran Google, Amazon, Facebook und Apple⁹² – die mit ihren libertären Visionen (unter Ausnutzung gegebener Gesetzeslücken und gesetzlicher Spielräume) die digitale Zukunft nach ihren Vorstellungen gestalten. Den Technikoptimist:innen insbesondere aus den Technologiebranchen, die in der technologischen Entwicklung ein Heilsversprechen für alle gesellschaftlichen Probleme sehen, stehen Technikpessimist:innen gegenüber, die eindringlich vor einer dystopischen Zukunft der vollständigen Kontrolle und Überwachung – entweder durch den Staat oder durch Konzerne – warnen (siehe Kapitel IV.4). Notwendig ist jedoch eine realistische Perspektive auf die Chancen und Risiken der digitalen Transformation und damit auf die Möglichkeiten der Gestaltung des digitalen Zeitalters.

Erschwert wird die Gestaltung dadurch, dass sich die Zukunft nicht vorhersagen lässt. Daran ändern auch immer mehr zur Verfügung stehende Daten nichts. Sie erlauben allenfalls ein Fortschreiben der Vergangenheit unter der Prämisse, dass sich nichts Grundlegendes ändern werde. Ramge (2019b: 21) erkennt hier ein Paradox: Datafizierung und Algorithmisierung »erhöhen [zwar] die Prognosefähigkeit«, gleichzeitig schafft jedoch »der radikal verändernde Charakter der digitalen Technologie [...] unberechenbare Veränderung.«

92 Die großen US-amerikanischen Technologiekonzerne werden wegen ihrer Bedeutung (und ihres Börsenwerts) auch als Big Four oder GAFA (für die Anfangsbuchstaben von Google, Amazon, Facebook und Apple) beziehungsweise Big Five (GAFAM) (zusätzlich Microsoft) bezeichnet. Auf chinesischer Seite stehen diesen die BAT gegenüber – Baidu, Alibaba und Tencent.

Unberechenbarkeit heißt jedoch nicht Ungestaltbarkeit. Für die Gestaltung dieses Wandels bedarf es allerdings einer Vision, im Sinne eines Leitbildes, um die Zielrichtung zu bestimmen. Zwar tritt der Fortschritt für viele Menschen – nicht immer nur aufgrund beschränkten Wissens, sondern vielfach auch von den eigenen Interessen geleitet – unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Alternativlosigkeit auf. Generell herrscht jedoch in der »funktional differenzierten Gesellschaft der Hochmoderne [...] ein lineares Zeitbewusstsein mit offener Zukunft [Herv. i. O.]« vor (Rosa 2005: 27). Diese Offenheit der Zukunft⁹³ sollte aber nicht als kontextlos und von der Gegenwart abgelöst verstanden werden, denn »so abwegig eine Zukunftsversion auch sein mag, wenn sie sich aus dem, was ist, ableitet, liegt ihr zwingend die Möglichkeit zugrunde, dass es tatsächlich so kommen könnte« (Mamczak 2014: 17). Auf die digitale Transformation und technologische Entwicklung bezogen ergibt sich so eine Perspektive, die entgegen Technikgläubigkeit und Technikdeterminismus auf die Gestaltungsmöglichkeiten hindeutet. Damit stellt sich zugleich die Frage nach den (nicht) vorhandenen Visionen und Zielvorstellungen – und damit nach der Erreichbarkeit einer erwünschten Zukunft(svision) (siehe Kapitel IV.4.3). Für die Erreichung des Ziels müssen aus einem vielfältigen Repertoire an Steuerungsformen und -instrumenten (siehe Kapitel II.3) diejenigen ausgewählt werden, die das vorhandene Steuerungspotenzial am besten nutzen und als dazu geeignet erscheinen, das erwartete Steuerungsziel – als einem Schritt auf dem Weg in die erwünschte Zukunft – zu erreichen. Allerdings ist nicht nur die Instrumentenwahl von Relevanz, um (staatliche) Steuerungspotenziale nutzen zu können. Vielmehr spielt die Verteilung von Zuständigkeiten, Ressourcen, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten für die Steuerung aufseiten des Staates (als Steuerungssubjekt) eine entscheidende Rolle und wird etwa an der Frage nach der (Nicht-)Existenz eines strategischen Zentrums deutlich. Bezogen auf das Feld der Politik im digitalen Zeitalter wird diesem Aspekt insbesondere anhand der Frage nach den (nicht) vorhandenen Politikfeldcharakteristiken der Digitalpolitik nachgegangen.

93 Entgegen der Zukunft, die prophetisch vorwegnehmen möchte, was sein *wird*, spielt die offene Zukunft darauf an, was sein *kann*. In diesem Sinne ist eine offene, mit einer Zielvision verbundene Zukunft, »die Idee von einer Gegenwart, die sich selbst erzeugen will« (Mamczak 2014: 30).